

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 2. März 1922

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 26

Generalversammlung 1922

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß Anträge zur Generalversammlung bis spätestens

19. April 1922

beim Vorstand eingereicht werden müssen. Nach § 28 der Satzungen haben nur die Gaue, die Bezirke, die Mitgliedschaften und der Vorstand das Recht, Anträge zu stellen. Anträge einzelner Mitglieder sind nicht zugelassen; einzelnstehende Mitglieder müssen deshalb eventuelle Anträge den nächstgelegenen Mitgliedschaften oder dem Gau überweisen.

Die Anträge sind in zweifacher Ausfertigung, einseitig beschrieben, dem Vorstand einzuzureichen.

Berlin, 1. März 1922.

Der Vorstand.

Gefährliche Gegenätze

Wer die bis jetzt über das Ergebnis der letzten Tarifausgleichung urteilenden Versammlungsberichte im „Korr.“ aufmerksam verfolgt hat, kann nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß innerhalb der Gehilfenschaft in Großstadt wie Provinz eine zunehmende Erbitterung über die Haltung der Prinzipalität in Lohnfragen zu verzeichnen ist. Dafür sprechen weniger einzelne von einseitiger Parteipolitik getriebene Verdammungsurteile gegenüber der Tarifgemeinschaft, als vielmehr die Zeichen übertriebener Einarbeitung in allen durch harte und langjährige Lebenserfahrungen geprägten Gehilfenkreisen.

Die Art und Weise, wie die Mehrzahl der Prinzipalvertreter laut Beschlußprotokoll glaube die beschiedenen Forderungen der Gehilfenvertreter und ihre Begründungen abschütteln zu dürfen, wirken auf die gesamte Gehilfenschaft, auf jung wie alt, gleich persönlichen Beleidigungen. Denn die rauhen Tatkunden des Arbeiterlebens in Beruf und Familie sind in Wirklichkeit noch viel hartnäckiger als die schärfsten und deutlichsten Nachweise der Gehilfenvertreter; sie lassen sich in ihrer ganzen trotteligen Wucht überhaupt kaum reiflos in Worte kleiden. Sie müssen selbst erlebt sein, um sie richtig fühlen und beurteilen zu können.

Uns all den vielen Argumenten der Prinzipale gegenüber den Forderungen der Gehilfenschaft hat dabei die Gehilfenschaft nur eins erkennen können: daß die Prinzipale gar keine Ahnung davon haben, wie es in Wirklichkeit im Haushalte der Arbeiterfamilie aussieht. Alle schönen Worte von angeblichem sozialen Verständnis sind demgegenüber eitel Kumbuz. Daß die Gehilfenvertreter diesen lebensfremden Tiraden und lächerlichen Zahlenpielereien gegenüber nicht die Geduld verloren haben, sondern mit bewundernswerter Fähigkeit nicht locker stehen, bis wenigstens wieder etwas herausgesprungen ist, zeugt von einem so großen und großen Verantwortungsgefühl dem Gewerbe gegenüber, das kaum noch überboten werden kann und nicht an der Grenze angelangt ist, wo alle Stränge reißen müssen, wenn die Prinzipalität nicht einsehen will, daß endlich in der Lohnfrage eine bessere Regelung einzuwirken muß.

Der größte Semmelschub dieser Erkenntnis besteht ohne Zweifel darin, daß die Prinzipale des durch und durch iringen Glaubens sind, mit dem Abschluß der Lohnvereinbarungen der letzten Jahre und Monate hätten sie den jeweiligen Kosten der Lebenshaltung Rechnung getragen. Ihre gesamten Vergleichsrechnungen und Zahlenpielereien sind von dieser falschen Auffassung getragen. Sie enthalten daher von vornherein einen Stillstand, dessen Wirkung für die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiterfamilie immer gefährlicher wird. Denn in Wirklichkeit blieb noch jedesmal der neuzeitliche Lohn hinter den tatsächlichen Bedürfnissen weit zurück. Von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat reichte das Einkommen eines Buchdruckers niemals aus, um die Lebenshaltungskosten der großen Mehrzahl der Gehilfenschaft so zu decken, wie es im Interesse der Gesundheit, der Erhaltung und Belebung der Arbeitskraft, einer auch nur beschiedenen

Freude am Leben und zur Arbeit erforderlich wäre. Fast jede von den Gehilfenvertretern mit Ausbietung ihrer ganzen Kräfte erkämpfte Lohnerhöhung war schon bei ihrem Inkrafttreten durch Inzwittern eingetretene weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten wieder überholt. Not und Sorge blieben also nach wie vor Haus- und Küchenmehrer in fast allen Buchdruckerfamilien. So auch nach der letzten Lohnerhöhung. Daraus erklärt sich das höchst gefährliche in vielen Versammlungen bei der Berichterstattung darüber, daß durch die neue Steuerzulage die „kommende“ Broternteuerung abgegolten sein soll. Denn in Wirklichkeit reichte auch die neue Lohnerhöhung nicht aus, der bisherigen Steuerung gerecht zu werden, viel weniger noch einer weiteren Verteuerung gegenüber. Die im „Korr.“ erbrachten statistischen Nachweise sind die besten Beweise hierfür; sie sind in ihrem Ausmaße meistens noch viel zu bescheiden ausgefallen. Und in den „Widerlegungen“ dieser Berechnungen von Prinzipalseite dokumentieren sich nur die Beweise dafür, daß diese Herren in einer ganz andern Welt leben; daß sie gar keine Ahnung davon haben, was es heißt, mit dem heutigen Buchdruckerlohn eine Familie zu erhalten. Ein unsagbar tiefer Groll hat sich infolge dieser fortgesetzten Nichtachtung der traurigen Lage der Arbeiter selbst in den bisher ruhigsten Gehilfenkreisen festgesetzt, der sich von Tag zu Tag mehr und mehr auf die Arbeitsstätten übertrug und der Produktion feilsche Hemmnisse bereitet, die sich für die Unternehmer weit nachteiliger auswirken, als eine den Steuerungsverhältnissen besser angemessene Entlohnung.

Wer für die Entwicklung der Dinge Augen und Ohren hat, wer insbesondere beachtet, wie sich die Unternehmer in blinder Verhöhnung und Unterdrückung der wachsenden Einarbeitung innerhalb der Arbeiterfamilie immer mehr darauf konzentrieren, die früheren Herrschafts- und Anreizverhältnisse wieder einzuführen, der wird aus innerer Triebkraft dazu gedrängt, sich innerhalb der Arbeiterfamilie danach umzusehen, welche Möglichkeiten hier vorhanden sind, diesen drohenden Gefahren gewappnet gegenüberzutreten. Und hier sieht es leider immer noch sehr unerschrocken aus. Verschiedenen Versammlungsberichten ist immer noch zu entnehmen, daß auch bei uns der Streit um politische Theorien weit mehr Kräfte absorbiert, als der praktischen Gegenwartsarbeit förderlich ist. Der unflinige parteipolitische Richtungsstreit läßt immer noch die Einheitsfront der Arbeiterkraft vermissen. Die dabei zulage tretenden Gegenätze sind oft weit gefährlicher für die Arbeiterfamilie, als die Gegenätze zwischen Unternehmer und Arbeiterfamilie. Denn dieser parteipolitischen Verwirrung der Arbeiterfamilie, die gleichbedeutend mit einer Schwächung ihrer Geschlossenheit als Klasse ist, verdankt das Unternehmertum zunehmende Stärkung seiner Position. Und deshalb sind diese Gegenätze innerhalb der Arbeiterfamilie noch als viel gefährlicher zu beurteilen, als jene zwischen ihr und dem Unternehmertum. Denn je mehr die Gewerkschaften durch parteipolitische Prinzipienreitereien aller nur erdenklichen „Richtungen“ durchkreuzt werden, desto schwächer wird der Einfluß der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterfamilie. Während die Unternehmerverbände alle ihrer Klasse nächstehenden politischen Parteien in ihrem Interesse zu beherrschen oder zu beeinflussen verlernen, und sich dadurch ganz gewaltige Stützpunkte ihrer wirtschaftlichen Positionen gesichert haben, ist es auf Arbeiterseite gerade umgekehrt. Hier wirken parteipolitische Theorien wie Sprengpulver innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen. Das Gewerbe parteipolitische Rechtsaberei verdunkelt die eigentlichen gewerkschaftlichen Grundlagen. Unterdessen ziehen die Unternehmerverbände ihre Kreise immer enger und fester, darauf lauernd, daß sie über kurz oder lang um so schneller ihre reaktionären Ziele erreichen werden, je geschlossener sie der zerstückelten Arbeiterfamilie und ihren Gewerkschaften gegenüberstehen.

Diese Gegenätze bedeuten für die gesamte Arbeiterfamilie eine ungeheure Gefahr, die mit jedem Tage größer wird, solange nicht wieder wie früher zwischen Gewerkschafts- und Parteipolitik ein klarer, ungewandter, von allen Gewerkschaftsmittgliedern streng beachteter Trennungstreich gezogen wird. Damit kann und soll nicht gesagt sein, daß sich die Gewerkschaften nicht mit Politik befassen sollen. Im Gegenteil; die Gewerkschaften sollen als wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterfamilie alle politischen Hilfsmittel in den Dienst ihrer Ziele stellen. Dazu dürfen sie sich aber nicht ins Schlepptau einzelner politischer Parteien nehmen lassen, sondern müssen die Kraft und den Einfluß aller ihrer Interessen nützlich sein könnenden politischen Parteien soweit wie irgend mög-

lich zu nützen versuchen. Politische Parteien, die sich nur noch mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen im öffentlichen Leben zu halten verstehen, haben keine eigenen eigenen Grundlagen; sie können letzten Endes nur noch die Gewerkschaften selbst ihren eigentlichen Aufgaben entfremden und ihren praktischen Wert für die Arbeiterfamilie herabsetzen. Das gilt für alle rein politischen Parteien der Arbeiterfamilie, ob rechts, links oder in der Mitte. Sie entfernen sich von ihren umfassernden parteipolitischen Zielen, wenn sie die gewerkschaftlichen Organisationen vor ihren Wagen spannen wollen, weil die Aufgaben und das Ziel der letzteren innerhalb der heuligen privatrechtlichen Wirtschaftsordnung viel zu eng mit den Sorgen des täglichen Lebens im Produktionsprozess verknüpft sind, was für den größeren Rahmen parteipolitischer Aufgaben nur hemmend wirken kann. Den politischen Parteien fällt die Aufgabe zu, die zwischen allen Klassen eines jeden Volkes für das Wohl der Gesamtheit gefährlichen Gegenätze zu überwinden zu versuchen; während die wirtschaftlichen Organisationen, für uns die Gewerkschaften, die Aufgabe haben, in erster Linie die wirtschaftlichen Grundlagen innerhalb der einzelnen Produktionsgebiete in der Zielrichtung einer fortschrittlicheren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dazu bedarf es aber der tatkräftigsten Mitarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder, ohne Rücksicht auf irgendwelche parteipolitische Zugehörigkeit. Selbstverständlich läßt sich der Charakter dieser Mitarbeit im einzelnen nicht ganz freihalten von persönlicher, parteipolitischer Einstellung. Aber diese sollte sich niemals in den Vordergrund drängen, weil dies stets mehr oder weniger Widerspruch Andersdenkender hervorruft und dadurch von vornherein die gemeinsamen gewerkschaftlichen Aufgaben stärkt und schwächt.

In gleicher Richtung, ja meistens noch viel schärfer, wirken die gegenseitigen persönlichen Verunglimpfungen, wegen vermeintlich nicht radikal genug erscheinender Stellungnahme zu diesen oder jenen Zeitfragen. Wenn sich jüngere Kollegen solches zuschanden kommen lassen, so wird man dies weniger bedauern müssen, als wenn es von älteren Kollegen geschieht. Es ist für jüngere Kollegen einfach nicht möglich, auf Grund eigener persönlicher Erfahrung immer richtig abzuwägen, warum der größte Teil der älteren Kollegen für sogenannte radikale Lösungen nicht ohne weiteres zu haben ist. In der Regel sind dafür sehr nachdrückliche Erfahrungstatsachen aus der Vergangenheit maßgebend, wie auch eine naturgemäß schärfere Erfahrung oder Kenntnis der vorhandenen Schwierigkeiten, die es jeweils zu überwinden gilt. Diese Erkenntnis beschränkt sich in der Regel nicht nur auf eine flüchtige Kenntnis der äußeren Schwierigkeiten, sondern auch jener in den eigenen Reihen. Und schon tausendfach hat es sich gezeigt, daß die meisten jüngeren Kollegen, die in hitzeführender Draufgängerlei die Welt zu erobern trachten, sofern ihnen Gelegenheit geboten wurde, durch Verurteilung in irgendein Vertrauensamt etwas tiefer zu blicken, als bald erkennen, daß die wirkliche Welt ganz anders ist, als sie es sich vor dem vorgestellt hatten. Das kann und soll aber niemals ein Vorwurf sein; denn das ist kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt, wenn man erkennt, daß Schwierigkeiten und Hindernisse vorhanden sind, deren Überwindung stärkere und größere Kräfte erfordert, infolgedessen auch andre und bessere, wenn auch langsamere Abwehrmaßnahmen bedingen. Nur wer trotz solcher Erkenntnis- und Erfahrungsmöglichkeiten an zweiseitigen Abwehrmaßnahmen festhält und nur in andern Menschen das Hindernis erblickt, das seine Wünsche und Ziele nicht zur Erfüllung bringen läßt, der ist über beraten. Denn so wenig ein Mensch in der Regel das mit Willen und Macht tut, was ihm nicht bebagt und erfolglos scheitern muß, wird auch jeder andre Mensch nur dann sich zur Mitarbeit und zu einem Kampfe entschließen, wenn er innerlich davon überzeugt ist, daß das, was von ihm verlangt wird, eine bestimmte Aussicht auf Erfolg hat. Und jeder Mensch hat in dieser Hinsicht einen gewissen Blick, ein gewisses instinktives Gefühl, daß dies oder jenes ihm dienlich oder schädlich sein kann. Je charakterfester und willensstärker ein Mensch ist, desto weniger läßt er sich durch noch so starke und laute Worte zu irgend etwas überreden, von dem er sich in seinem Inneren abgetrieben fühlt. So häufig verfehlt ist es aber, wenn versucht wird, durch persönliche Verächtlichmachung entgegengelegter Organisationen Mitkämpfer für irgendeine Sache gewinnen zu wollen. Das trifft Gegenüber dessen, was man haben möchte, wird dadurch erreicht; nur neue und gefährlichere Gegenätze werden dadurch geschaffen.

Und das ist das Ael, von dem unre gewerkschaftliche Strukturarbeit in den letzten Jahren gehemmt und zerlegt wird; im Interesse aller wirtschaftlichen und politischen Arbeiterstände! Dem gilt es zunächst Abbruch zu tun und jede weitere Nahrung zu entziehen; insbesondere auch bei uns Buchdruckern. Fort mit allem Parteigehäck aus untern Verbandsverammlungen! Sie sollen uns ein heutziger und uns alle ergebender sozialer Kampfboden zur gemeinsamen Schulung und Festigung im Stämme zur Befähigung der privatkapitalistischen Klassenherrschaft sein. Welcher politischen Partei, welcher Religionsgemeinschaft einer von uns angehöret, das sel persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen. Für uns als Buchdrucker gibt es auf unsern eignen beruflichen Nährboden nur einen Gegner. Hart und zäh kämpfen mit diesem Gegner unter Geschlechtsvertreter schon seit Jahren als Vorposten untrer wirtschaftlichen Organisation. So mangelhaft auch die Parteigemeinschaft heute noch ist, so ist sie dennoch heute für uns alle noch besser und maßgebender als vor zwanzig, dreißig Jahren. Sie stellt für uns ein eigener Kraft geschaffenes Berufsgesetz dar, das starke Stelme gemeinwirtschaftlicher Produktionsregulierung enthält. Das diese noch nicht stärker zur Entfaltung kommen konnten, liegt viel weniger an äußeren Widerständen, als an den Folgen sozialer Zerrissenheit und Verfestigung der geistigen Kräfte in untern eignen Reihen selbst.

Wer vermag z. B. unter solchen Verhältnissen als ruhig und sachlich denkender Mensch an greifbare Erfolge großer und mächtiger Industrieverbände zu glauben, wenn er sieht, daß schon in kleinen Verbänden die geistige Geschlossenheit der engeren Berufskollegen so wesentlichen Mängeln und Differenzen aufweist. Warum in die Ferne schweifen, wo das Gute und das Notwendigste so nahe liegt: bei uns selbst! Wohl ist die organisatorische Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter in einheitlichen großen Organisationen ein sehr erstrebenswertes Ideal. Wird aber eine Zusammenfassung in sich zerrissener und dadurch teilweise zur Ohnmacht verurteilter Organisationen tatsächlich auch bessere und mächtigere Industrieverbände erwarten lassen? Wird nicht die Ohnmacht und die innere Zerrissenheit dadurch nur noch größer? Oder glaubt man durch Schaffung anderer Formen den Inhalt verbessern zu können, wenn dieser schon im einzelnen mangelhaft und spröde ist? Das dürfte ein böser Trugschluss sein! So, es liegt sogar sehr nahe, in dem übereifrigen Bestreben, die heutigen Organisationsformen in größeren aufgehen zu lassen, das Gefühl eigener Hilflosigkeit verdeckt zu leben. Und doch fehlt uns die Entwicklung in den letzten Jahren, daß sowohl Amsterdambau als Moskau nur lokale Kraft und Macht haben, als sie aus den unter diesen Begriffen lummelnden Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder schöpfen können. Nur dort, wo diese Organisationen, ob klein oder groß, in ihren Heimatländern und diesbezüglichen Industriezweigen als beachtenswerte Machtfaktoren in Erscheinung treten können; haben auch diese internationalen Zentralbegriffe eine höhere Bedeutung. Aber damit wird doch gleichzeitig nur bestätigt, daß diese Kraft nicht von außen, sondern nur von innen oder unten herauf kommt. Sie könnte daher auch ohne „Amsterdambau“ oder „Moskau“ gegeben sein.

Ebenso liegt es mit den Begriffen Parteipolitik und Gewerkschaftspolitik. Jede Parteipolitik, die darauf eingestellt ist, die Interessen der Arbeiterschaft mit Erfolg zu vertreten, braucht keine Parteilagitation innerhalb der Gewerkschaften. In ihren Früchten muß und wird sie jeder halbwegs vernünftige Mensch erkennen und danach bemerken. Das kann auf die Dauer auch durch die intensivste Parteilagitation weder verbunkelt noch verbessert werden. Und eine noch so große Gewerkschaftsorganisation bleibt zur Ohnmacht verurteilt, wenn ihre inneren Teile sich gegenseitig aufreihen und nicht gemeinsam an einem Stränge ziehen. Wer es daher als Arbeiter ehrlich meint mit seiner Gewerkschaft, wer sie nicht zum Spielballe zeretzender Prinzipienterorien machen will, der trenne Partei- und Gewerkschaftspolitik von nun an so scharf wie möglich. Eine Verwischung dieser Begriffe aus parteipolitischen Gründen ist für beide Teile der modernen Arbeiterbewegung lähmendes Gift; es dient, ob gewollt oder nicht, nur der Verlängerung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft. Und das wäre angesichts der heutigen wirtschaftlichen Zustände eine Todssünde an der Arbeiterschaft, deren sich keiner von uns, ob jung oder alt, in Zukunft schuldig machen darf. Erst wenn wir im eignen Hause in dieser Richtung Einigkeit und Ordnung geschaffen haben, dann erst wird es uns möglich sein, mit vereinten Kräften innerhalb untrer eignen Gewerbes endlich an einen wirklichen Neuaufbau gehen zu können. Sagen wir uns auf diesem Wege einmal ernstlich wieder zusammengefunden, dann erst wird es uns auch möglich sein, den allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft noch besser als bisher dienen zu können. Solange wir uns aber selbst nur auf Hilfe von außen verlassen, schwächen wir untre eignen Kräfte und stärken damit nur in gleichem Maße untre wirtschaftlichen Gegner!

Leipzig.

K. D.

Die Betriebsräte

Als im November 1918 die wilhelmistische Macht zusammenbrach und die Arbeiterschaft notgedrungen das Gebe antreten mußte, da waren weite Kreise der Arbeiterschaft der festen Überzeugung, daß mit dem Untergange der politischen Verhältnisse sich auch unbedingt die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern müßten. Man glaubte den Zeitpunkt für gekommen, die Ideale zur verwirklichen, um die die fortgeschrittene Arbeiterschaft schon lange gekämpft, nämlich die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. Der ruhig und klar denkende Teil der Arbeiterschaft konnte sich allerdings der Erkenntnis nicht verschließen, daß dieses Ziel nicht durch diktorale Maßnahmen oder Verordnungen erreicht werden können, sondern man war der Ansicht, auch sehr etappenmäßig vorgehen zu müssen. Denn darüber gab es keinen Zweifel, wollte die Arbeiterschaft der maßgebende Faktor in der Produktionsweise und im Wirtschaftsleben werden, dann mußten noch eine Reihe Vorarbeiten erledigt und noch viel gelernt werden. Der Gedanke, durch Betriebs- oder Arbeiterräte mehr Einfluß in den einzelnen Betrieben zu erlangen, wurde immer mehr Allgemeinut der Arbeiterschaft, und so kam nach bestigen Geburtswehen das schon in der neuen Verfassung festgelegte Betriebsrätegesetz zustande. Die politischen Parteien von ganz rechts und links bekämpften das Gesetz in der schärfsten Weise. Die eine Seite, weil es angeblich zu viel Rechte für die Arbeiterschaft brachte, die andere, weil die Zustände nicht weit genug gingen. Die Arbeiterschaft im allgemeinen war sich darüber klar, daß mit den neuen Buchstaben des Gesetzes wenig anzufangen sei und dem Gesetz erst der rechte Geist eingeblasen werden müsse. Es waren denn auch speziell in untern Buchdruckereien die reglementierten und befähigten Kollegen, die das Amt in den Betriebsräten übernahmen und in vielen Fällen ihr Bestes gaben, um die Rechte der Belegschaft zu verteidigen und zu fördern, und die eifrig bestrebt waren, sich in die Geschäftsmaßnahmen und -gebräuche hineinzufügen. Leider hat der gute Geist, der untre Betriebsräte von Anfang an belebte, bedeutend nachgelassen, gerade untre schäftigsten Kollegen haben vielfach die Lust verloren. Zu dieser beauerlichen Tatsache haben verschiedene Gründe beigetragen, ausschlaggebend sind meiner Ansicht aber nur zwei, einmal der außerordentliche Widerstand des Unternehmertums, die jeden, auch den kleinsten Fortschritt mit aller Macht bekämpften. Gerade diesen Herren ist durch das Erstarken des Kapitalismus in der Nachkriegszeit der Stamm mächtig geschwunden, und so hat man sich nicht scheut, die klarsten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in jeder Weise zu sabotieren. Aber nach der anderen Seite sind auch ein ganz bedeutender Teil untrer Kollegen schuld, wenn gerade die befähigten Kollegen das undankbare Amt in Betriebsräte los sein wollen.

Off gerade die Kollegen, welche selbst selten den Mut aufbringen, einmal bei der Geschäftsleitung vorstellig zu werden, verlangen von den Betriebsratsmitgliedern, daß sie bei jedem Quark ins Kiontor laufen. Vielfach wurde gedregelt, wo man besser zu machen wahrlich nicht imstande war, oft sollte der Betriebsrat zur Lohnförderungsmaßnahme für jeden einzelnen herabgedrückt werden. Dazu kam, daß der Betriebsrat oft von den eignen Arbeitsgenossen bei wichtigen und entscheidenden Fragen im Stich gelassen wurde. Vielfach hat auch das Bestreben des Unternehmertums, die Betriebsräte für alle Geschäftsfälle verantwortlich zu machen, nicht zur Arbeitsfreudigkeit beigetragen. Alle diese verschiedenen Umstände haben dazu geführt, daß in einer Reihe von namhaften Geschäften heute der Betriebsrat nur noch ein Dekorationsstück bildet. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. In kurzer Zeit werden die Betriebsratswahlen vor der Tür, und ich möchte deshalb an alle in Frage kommenden Kollegen den dringenden Appell richten, nicht die Hände ins Korn zu werfen, sondern jederzeit zu bedenken, was auf dem Spiele steht. Wenn die Arbeiterschaft den festen Glauben hat, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die gemeinwirtschaftliche abgelöst werden muß, wenn wir nicht auf alle Zellen unter dem jetzigen Soche weiterleben wollen, dann muß die Arbeiterschaft auch den festen Willen haben, überall da zuzugreifen, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Und trotz allen Zweifeln stehe ich immer noch auf dem Standpunkte, daß wir durch das jetzt gewiß noch mangelhafte Betriebsrätegesetz ein Stück vorwärts kommen können und es eine, wenn auch kleine Etappe, zum Sozialismus sein kann. Und darum auf zur Tat!

Stettin.

G. R.

Berlin — —!

Welchen jungen Kollegen draußen in der Provinz steht es vielleicht nicht zur Großstadt und die alten Kollegen werden sich aus jungen Tagen dieses selben Dranges erinnern. Den einen lockt die Großstadt als solche, den anderen leiten besondere Wünsche und Fortbildungstrieb. Und auch die im Buchdrucker wohl besonders lebhaft Sehnsucht nach der Ferne und nach neuen Eindrücken läßt manchen nicht am alten Plage hängen. Es ist recht so. Erfahrungen, ob sie gut oder schlecht waren, sind und bleiben eine gute Schule.

Früher blieb dieser und jener Kollege aus der Provinz, wenn er Rente und Wanderung fast hatte, wohl in der Großstadt, wenn sich die Gelegenheit einer Kondition fand. Heute ist es anders geworden, doch nicht besser! Erstens ist es jetzt ja keine Zeit zum Wandern und zweitens sind die Tore der Großstadt dem von auswärtigen Kommenden zum Teil noch verschlossen, wenn die Demobilisationsordnung noch zu Recht besteht und der Arbeitsnachweis im Interesse der ortsansässigen Arbeitslosen auf strikte Durchführung der Bestimmungen hängt.

Wenige unter den Sandkühern der Provinz konnten dank der zeitweilig überflutenden Konjunktur der vergangenen Monate in der Großstadt eine Stellung antreten. Berlin machte auch hierbei eine Ausnahme und nur als Übergänger einer geschulten Kategorie unter den Buchlegern ist ein Unterkommen in der Reichshauptstadt zu denken.

Den Kern meiner Ausführungen bildet immer eine Beleuchtung der für Berlin geltenden Verhältnisse in Gegenüberstellung mit der irtümlichen Auffassung des Provinzlers über die bisher gepflogene Lohnpolitik, welche für Berlin und Hamburg und die Großstädte überhaupt angewandt wird.

Auch an dieser Stelle ist des öfteren die Meinung laut geworden, es sei überall im deutschen Vaterlande gleich große Leuzerung und man merkte wenig Verhältnisse für die prozentuale Staffelung und Besserstellung der Großstadtkollegen.

Zugegebenermaßen habe auch ich einmal diesen Standpunkt vertreten, bis ich, an Ort und Stelle angekommen, eines Besseren belehrt worden bin.

Wer da draußen in der Provinz glaubt, die Differenz in der heutigen Lebenshaltung könne zwischen Groß- und Kleinstadt nicht so bedeutend sein, ist ganz gewaltig im Irrtum. Nicht daß man das Mehr an Lohn schließlich nur für die reichlicher gebotenen Vergnügungen, Theater usw. verausgaben könnte. Kein Gedanke! In den Verhältnissen selbst liegt der Unterschied begründet.

Los und ledig kommt man schließlich überall noch durch, aber wie drückt den Verbeirateten, den Ernährer einer Familie der Schluß!

Schon ein möbliertes Zimmer ist gerade 100 Proz. teurer als in jeder beliebigen kleineren Stadt, abgesehen davon, ob man hier überhaupt eine Stelle gefunden hat. Wo und wie weit von der Arbeitsstelle entfernt, spielt keine Rolle. Der Preisunterschied bei den meisten Lebensmitteln ist ungleich größer. Wenn man aber die Anzeigen der großen Warenhäuser in den Tageszeitungen und vergleicht die Preise der „billigen Lebensmittel“ mit denen der Kleinstadt, so findet man, daß das Fleisch hier nicht teurer, sondern gar noch billiger ist wie anderswo. Scheinbar! Es steht natürlich nicht dabei, daß es Gefrierfleisch ist.

Billig sind nur die Preise in den einfachen Kinos der Stadt, aber je dem kommt das nicht. Erinnert werde ich an eine hier im Topographischen Bureau vorgefragene Salire: Nach tausend Jahren bläst er jemand in allen Hüllanten und stellt, daß Abend für Abend vor ausverkauften Säulern der Film gerollt und Menschen auf die Leinwand gezaubert werden, die wohl die Lippen bewegen, aber keinen Wohlklang der Sprache an das Ohr des Zuschauers dringen lassen. „Arme Menschen“, spricht er kopfschüttelnd, „sie hatten ja nichts zu sagen!“

Das außer der Reihe. Wenn man nun noch erst die Folgeerscheinungen des Strelchs der Eisenbahnen und des örtlichen Verkehrsstrelchs in Betracht zieht, so kann von einer wirklichen Notlage gesprochen werden und man kann getrost behaupten, daß die letztmalige Lohnaufbesserung ein Tropfen auf einen heißen Stein war und durch die Verhältnisse längst überholt ist.

So ist es!

Der mit Spreewasser gesaupte Berliner wird ja leicht nichts auf sein Berlin kommen lassen, aber wer in freier, freier Luft aufgewachsen ist, wird sich schwerlich an den Autogestank in den Straßen und an das Zelen der Weltstadt gewöhnen können.

Alle diese Umstände verhindern manchem (und auch mir nicht) den Abschied besonders schwer machen.

Berlin.

Bagge.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bad Wildungen. (Sur Warnung!) Um unerfabrenen jungen Kollegen vor Schaden zu bewahren, istzieren wir hier einmal die Zustände in Bad Wildungen. Es befinden sich hier zwei „tariffreie“ Druckerien (Sunk und Pulch). Während in der erikeren ein ehemals (umgefallenes) Verbandsmitglied weiterwirft, werden in der letzteren außer einem „Geschäftsführer“ Schinkel (Lohn pro Woche 360 Mk.) noch 7 Seher, 3 Seherinnen und 2 Bebrlinge beschäftigt. Natürlich zu einem Lohne (190—250 Mk.), der jeder Befahrung spottet. Das tarifliche Minimum beträgt in Wildungen bis 5 Proz. Vorkaluzschlag in den einzelnen Klassen 344—486 Mk. Außerdem ist Bad Wildungen für Arbeiter ein teurer Ort. Für Kost und Wohnung werden zur Zeit bis zu 200 Mk. pro Woche verlangt. Das Kostgeld, welches die Bebrlinge erhalten, wollen wir lieber verschweigen. Steuerbücher bekommen die „Kollegen“ überhaupt nicht zu haben, und ob sie gegen Frankhabel und Invalidität in der richtigen Stufe versichert sind, weiß keiner von ihnen. Es wurde nun in Erfahrung gebracht, daß sich sogar einige Verbandsmitglieder nach Wildungen verirrt haben; natürlich unerfabrene junge Leute. An dieser Stelle sei darum noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Relektalkeserwaller und Funktionäre Bad Wildungen scharf im Auge behalten. Alle durch- und abreisenden Kollegen seien vor Wildungen gewarnt.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenleherverein.) Infolge des plötzlichen über Nacht eingetretenen Verkehrsstrelchs war die Monatsversammlung am 5. Februar verhältnismäßig schwach besucht. Unter „Verleinsmittlungen“ gab der Vorliegende bekannt, daß das Stützungsfest einen Überübers von 491 Mk. gebracht hat. Die Neuwahl der Vergnügungskommission findet in der Märzversammlung statt. Hierauf erstattete der Vorliegende Bericht von der letzten Karifauschulung. Durch glatte Ablehnung untrer Antrags auf Erhöhung des Maschinenlehervorkaluzschlags wurde die Zentralkommission veranlaßt, eine Vorkaluzkontferenz einzuberufen. Seltens der Zentralkommission wurde ausgedrückt, daß man über die Ablehnung untrer Antrag sehr enttäuscht sei und geradezu

nach Gründen dafür suchen müsse. Die Besprechung über unsere Erfahrungen mit der elektrischen Heizung wurde ebenfalls zur Sprache der Betriebsführung infolge des Fehlens von elektrischem Strom und Gas wurde auf einen Artikel von Dr. Weinberg in der Arbeiterrechtsbeilage des „Korrespondenzblattes“ (Nr. 2, 14. Januar d. S.) aufmerksam gemacht, wonach der Arbeitgeber mit seiner Leistung in Bezug kommt und der Arbeitnehmer die Bezahlung der Arbeitszeit verlangen kann, wie auch eine Anzahl Landgerichte in diesem Sinne entschieden haben. Zur Aufnahme meldeten sich elf Kollegen. — Nächste Versammlung am 12. März.

Bonn. (Drucker.) In unserer Generalversammlung erfolgte der Vorsitzende Bericht seinen Jahresbericht. Die Versammlungen des Vorjahres waren durchweg schwach besucht. Zur Aufnahme meldeten sich elf Kollegen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der erste Vorsitzende wieder, Kassierer und Schriftführer wurden neu gewählt. Außerdem wurde eine Kommission von vier Kollegen gewählt, die das Rechnungsbuch etwas mehr wie bisher behandeln soll. Der Monatsbeitrag wurde auf 1 Mk. erhöht.

Frankfurt a. M. (Maschinenbauvereinigungen.) Die Generalversammlung am 29. Januar war gut besucht. Nach Erledigung einiger Neuauflagen und sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Vorsitzender Dominé den Jahresbericht, in dem besonders die starke Anzuehmenheit mit der derzeitigen Regierung des Maschinenbauvereins seinen Ausdruck fand. Der vom Kollegen Henrich erhaltene Jahresbericht ließ erkennen, daß sowohl die Bezugs- wie Verkaufszahlen durch die fortschreitende Geldentwertung sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind, so daß unbedingt ein Neuregeln der Beitragsleistung stattfinden muß, wenn der Bezirk und der Gau seine Verpflichtungen wie bisher in vollem Maße erfüllen sollen. Der Vorstandsantrag auf Erhöhung des Sparbeitrags auf 1 Mk. pro Woche wurde einstimmig angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes fand durch wiederholte Wiederwahl des bisherigen Vorstandes seine Erledigung. Die Anfangs dieses Jahres gebrachte Kundschau vom „Korr.“ über die Steuerfreiheit der Nachdienstleistungen bei der Post gab Stoff zu einer regen Unterhaltung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Vorstandsvorsitz in dieser Angelegenheit bei dem Reichsfinanzminister vorstellig werden möchte, wenn er es noch nicht aus eigener Initiative gemacht hat. Aber das ab Februar gültige Lohnabkommen wurde in Anwesenheit des Stellvertreters Nepeckes heftig debattiert. Die neuen Feuerungsanlagen wurden als zu gering erachtet und die abermalige Ablehnung der Maschinenbauvereinigungen durch den Tarifauschuss erzeugte weitere starke Anzuehmenheit.

Frankfurt-Offenbach. (Drucker — Richtigstellung zum Versammlungsbericht in Nr. 21 des „Korr.“) Nicht die Frage der Zugehörigkeit von Schweizerbezug zu den Maschinenbauvereinigungen wollte ich dem Spartenkongress zur Regelung überweisen haben — diese Frage ist schon wiederholt in bejahendem Sinne mit der einzigen Bedingung beantwortet worden, daß der Schweizerbezug ausreichende Kenntnisse im Arbeiten an der Maschine nachzuweisen hat —, bis zum Kongress sollte vielmehr die Frage zurückgestellt werden, ob Spartenmitglieder, die vom Verband der Deutschen Buchdrucker zum Werkmeisterversand übertraten, auch weiterhin Mitglied der Sparte bleiben können. Georg Dörband.

Würtb. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Jahresbericht, den Vorsitzender Fink erfaßte, wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Es war daraus zu ersehen, daß die tariflichen Verhältnisse am Orte durchweg günstig liegen. Die Mitgliederzahl betrug zur Zeit 77. Scharf gerügt wurde vom Vorsitzenden die Interessenlosigkeit einiger Kollegen, die während des ganzen Jahres keine einzige Versammlung besuchten. Den Rechnungsbuchbericht legte Kassierer Vogel ab; es wurde ihm Entlastung erteilt. Bei der nachfolgenden Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder unter allgemeiner Anerkennung ihrer Tätigkeit einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme eines Stellvertreters, der wegen Krankheit eine Wiederwahl ablehnte. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß Kollege Emil Vogel 25 Jahre unter Ausfüllung verschiedener Posten der Verwaltung angehört. Es wurde beschlossen, eine kleine Fete zu veranstalten, verbunden mit Ehrung des Jubilars. Betreffs der Beibringe ist zu sagen, daß diese sämtlich der Beibringungsabteilung angedeihen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Geislingen-Steige (Württemberg). Unter Ortsverein hielt am 31. Januar seine Generalversammlung ab. Vorsitzender Gertel erfaßte den Geschäfts- und Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß das abgelaufene Jahr reich an gewerkschaftlicher Arbeit war. Der Mitgliederstand ging während des Berichtsjahrs von 22 auf 21 zurück. In der Kasse befinden sich 177,35 Mk. Im Graphischen Klub zeigte sich für dessen Bestrebungen reges Interesse. Ein Schriftleiterkursus wurde abgehalten und die Papierfabriken Salach & Sieder, u. S., in Kirchheim beauftragt. Unsere Bibliothek konnte im abgelaufenen Jahre durch Stiftungen und Neuankäufe wesentlich bereichert werden. Bei den Wahlen wurde der seitiger Vorstand durch Zurückwiedergewähl. Hoffen wir, daß uns das laufende Jahr in gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung besseres bringt als das verfloffene.

Geislingen. Am 4. Februar fand unter gutbesuchter Hauptversammlung statt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten entspann sich eine längere Debatte um die Einführung der freiwilligen Beitragsleistung der Arbeiter-

schaft zur produktiven Erwerbslosenfürsorge. Mit geringer Mehrheit wurde ihr zugestimmt. Der Jahresbericht zeigte ein gutes Resultat. Die Ortskasse hat im abgelaufenen Jahr eine Mehreinnahme von 2737 Mk. zu verzeichnen. Für streikende Kollegen wurden 2935 Mk. verausgabt. Für die gute Kassenführung wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse am Orte zufriedenstellend sind. Nur in der Druckerei für Formularbedarf in Münsingen sind untarifliche Verhältnisse eingetreten, wogegen bereits Schritte unternommen wurden. Der durchschnittliche Verammlungsbesuch war etwas besser als im Vorjahre. Die Erhöhung des Ortsbeitrags und der Unterhaltungen wurde bis auf die nächste Versammlung verschoben. Einstimmig wurde die Einführung einer Steuerkasse für den Ortsverein beschlossen. Beim Sterbefall eines Mitgliedes oder dessen Frau wird ein Beitrag von 3 Mk. erhoben, der dann, auf 600 Mk. abgerundet, an die Hinterbliebenen ausbezahlt wird. Die bisher amtierenden Vorstandskollegen wurden bis auf den Beibringer, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt.

Langenfeld (Rheinl.). Die diesige Firma Joseph Henke ist aus der Tarifgemeinschaft getreten worden. Verbandsmitglieder dürfen also bei der genannten Firma keinesfalls in Konflikt treten.

-o- Magdeburg. (Maschinenbau.) Zum 5. Februar hatte die Vereinigung eine Besichtigung der Sechsmaschinenabteilung der „Volkszeitung“ angelehnt, zu der auch die Mitglieder der Graphischen Gesellschaft eingeladen waren, um denjenigen Kollegen, die die Sechsmaschine nur dem Hören nach kennen, einmal Gelegenheit zu geben, diese auch in ihrer Arbeitsweise kennen zu lernen. Zur Einführung hielt Kollege Seb (Rechnungskommission) einen Vortrag über die Entstehung der Sechsmaschine und ihre verschiedenen Systeme. In Tätigkeit vorgeführt wurden die Einzelteile und die Monoline. — In der hieran anschließenden Versammlung der Maschinenbauvereinigungen wurde der Vorstand und die Technische Kommission zum Teil neu gewählt. Sodann nahm man Stellung zu der demnächst stattfindenden Vorstandskonferenz der Maschinenbauvereinigungen in Berlin. Dem vorgeschlagenen Delegierten wurden die Wünsche und Forderungen der Maschinenbauvereinigungen überreicht. Verschiedene Kollegen kritisierten das Verhalten einiger anderer Berufsvereinigungen den Maschinenbauvereinigungen gegenüber, verurteilten die Unmoralität der ersten und bedauerten die Ausrüstungslosigkeit, die nur zum Schaden der Allgemeinheit hinausläuft und deren Opfer letzten Endes wieder selbst sein wird. Es wurde empfohlen, trotz dem immer wieder zu versuchen, die Verständigung herbeizuführen, im Interesse der Allgemeinheit für die Allgemeinheit.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Nichtöffentlichmachung amtlicher Bekanntmachungen in den Zeitungen. Es muß beachtet werden, daß sich die Fälle ständig mehr, in denen Städte- und Gemeindevorstellungen beschließen, aus Sparmaßnahmerücksichten die amtlichen Bekanntmachungen durch Anschläge zur Kenntnis zu bringen, also der Tagespresse zu entziehen. In letzter Zeit ist auch durch einstimmige Annahme solchen Beschlusses die Stadt Freiburg i. S., eine Stadt von etwa 10000 Einwohnern, hinzugekommen. Es ist zu befürchten, daß diese Maßnahmen weiter um sich greifen, so daß es angebracht ist, an den betreffenden Orten dagegen Stellung zu nehmen.

Zum Wettbewerb „Das gute Inserat“ im vorigen Jahre. Wie erinnert, schrieb die „Taglichwoche“ in Berlin Anfang August vorigen Jahres einen Wettbewerb unter vorliegendem Titel a. B. Aber das Resultat ging aus auf Umwegen nur ein Auszug zu, so daß wir am 11. Oktober v. J. nur mangelhaft darüber berichten konnten. Jetzt werden Klagen von der Kollegenschaft laut, daß eingelangte Entwürfe bedingungsgemäß noch nicht zurückgeschickt worden sind. Nach den Bedingungen sollten die Entwürfe spätestens nach einem Vierteljahr (jedemfalls vom Einsendetermin, dem 16. September ab gerechnet) kostenlos zurückgeschickt werden. Wann wird das nun endlich geschehen? Es ist, gelinde ausgedrückt, äußerst richtungslos, die Bewerber ganz in Unkenntnis zu lassen.

„Der Graphische Bund.“ Nummer 2 der im zweiten Jahrgang erscheinenden Betriebsratszeitung für die graphische und papierverarbeitende Industrie mit vorliegendem Titel ist erschienen und kann von den in Betracht kommenden Ausgabestellen (Vereinsbureau usw.) in Empfang genommen werden. Der Inhalt ist wieder in jeder Beziehung interessant für die Kollegenschaft. Im Leitartikel „Gegenwartsarbeit“ wird all das in knapper, treffender Form aufgezählt, was für die graphische Industrie der Gegenwart jetzt zu tun notwendig ist. „Katachismus der Planwirtschaft“ schildert den Aufbau einer Planwirtschaft. „Von den Buchdruckern Erreichten und Erreichten“ bringt rückblickend in beweglicher Form all das, was das erste Jahr des neuen Tarifs brachte, was uns 25 Jahre Tarifgemeinschaft gewesen sind und streift sonst auch manches, was die Kollegenschaft interessiert. „Die Mitarbeit der graphischen Hilfsarbeiter“ von Karl Schulte in Berlin und „Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter“ von Karl Mühlhans geben Einblick in die Bruderorganisationen. „Durch Angliederung zum Zusammenschlusse“ von Hans Konner in Berlin redet unter entsprechenden Bedingungen dem festesten Zusammenschlusse das Wort. Alles in allem: inhaltreich und lehrreich. Wertvolle Beiträge

finden sich auch unter den Rubriken: „Gehalt und Recht“, „Die wirtschaftliche Lage“ und „Die graphischen Verbände“.

Begnadigung der Feltung aus dem Saussur in Diebstahl. Daß die von den Zeitungssträgern in den Saussuren niedergelegten Zeitungen von unbefugten Personen weggenommen werden, ist keine Seltenheit; es ist aber nach einem Gerichtsurteil als Diebstahl anzusehen und strafbar. Die Strafammer in Duisburg hatte einen Zeitungsarbeiter mit 300 Mk. Geldstrafe bedacht und nur deshalb dieses milde Urteil gefällt, weil es die Straftat als Unterschlagung betrachtete.

Größerer Diebstahl durch einen Buchdrucker. Der Buchdruckerbetrieb S. L. in Nürnberg hatte seine Buchdruckerei mit 120000 Mk. verkauft. Er unterließ es aber, seine Gläubiger zu befriedigen mit der Begründung, daß ihm die ganze Kaufsumme auf dem Hauptkonto geliehen worden sei. Er wurde jedoch wegen Betrugs verurteilt, und bei einer Hausdurchsuchung wurde die ganze aus dem Verkaufe geflossene Summe vorgefunden. Aber sein Vermögen ist, wie wir schon in Nr. 22 berichteten, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Zur Anzeigebewegung im Buchdruck- und Zeitungsbranche. In Magdeburg haben die Angestellten einen schönen Erfolg errungen, indem der Schiedspruch: „60 Proz. auf Gehalt und soziale Zulagen ab 1. Januar bis 28. Februar“, der nach Anhörung beider Parteien vom Schlichtungsausschusse gefaßt wurde, nummehr für verbindlich erklärt worden ist. Eine Neuregelung bleibt ab 1. März vorbehalten. Die Unternehmer forderten für den Januar eine Erhöhung auf 40 Proz. und schließlich eine Ausdehnung der 60 Proz. auf März, was aber abgelehnt wurde. — In Hannover will es zu keiner Einigung kommen. Dort stehen die Angestellten schon seit Anfang Dezember wegen Erhöhung ihrer sehr geringen Gehaltsätze in Verhandlungen. Durch einen Bezirksrat in Hannover wird benachteiligt. Ein Angestellter der Gruppe II hat a. B. danach erst nach dem 30. Lebensjahre 1470 Mk. Ein Schiedspruch für Besserstellung kann nicht zustande. Die Verleger lehnten Sonderverhandlungen ab, und auch erneute mit dem Arbeitgeberverband angebotene Verhandlungsversuche schlugen fehl. Daraufhin wurde der Streik im „Hannoverschen Anzeiger“ beschlossen, der sich weiter ausdehnen soll, wenn die Prinzipale auch dann noch keine Einigkeit zeigen.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Durch den Zentralisiermannschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird gesucht: ein Arbeitersekretär für Sonderbauten zum 1. April. Erforderlich mehrjährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit, rednerische und organisatorische Befähigung sowie Kenntnis der Sozialgesetzgebung. Ausführliche handschriftliche Bewerbung an Robert Günther, Stockhausen bei Sonderhausen, Töpferberg 9.

Freie Wirtschaft bei den deutschen Sachleistungen. Das deutsche Unternehmen hat durch Sabotage erreicht, was es wollte. Die sogar uneingeschränkte freie Wirtschaft bei den Sachleistungen auf Reparationskonto ist beschlossene Tatsache geworden, wenn auch noch Zustimmung der deutschen Regierung und der Reparationskommission erforderlich ist. Die Ententeregierungen fordern einen Systemwechsel, weil infolge des „unförmlichen beherrschten Verfahrens“ die Aufträge zu verzögert wurden, daß von den Anforderungen für Reparationen nur rund ein Sechstel bis zu Aufträgen gegeben war. Die deutschen Regierungsvorleiter hätten sich trotz aller Bedenken dem nicht verschließen können, da sonst der Verdacht aufkommen würde, daß die Sachleistungen labouler würden. Die Geschädigten sollen künftig direkt bei den deutschen Lieferanten ihre Bestellungen ausgeben, die dafür Weltmarktpreise verlangen können. Die Gewerkschaften haben bereits gegen ihre Auszahlung und die Ausbeutung der Arbeiterkassen, gegen diese Wirtschaft protestiert, die Bucherer und Schleier grohelt. Die Spitzenverbände werden auch jetzt noch nicht den Beschluß als eine bestehende Tatsache hinnehmen und auf ihrem Widerstand verharren, hinter dem die gesamte deutsche Arbeiterkassen steht.

Maßnahmen gegen eine Ernährungskatastrophe in Bayern? In München fand eine Aussprache aller freigewerkschaftlichen Vorstände, Funktionäre, Delegierten und Betriebsräte über die neuerliche Teuerungswelle statt, die sich zu einer Ernährungskatastrophe auszuwickeln kann. Eingeladen und erschienen waren u. a. Vertreter der Regierung, der Stadt, der Arbeiterparteien in Reichstag, Landtag und Stadtverordnetenkollegium. Zur Sprache kam, daß überall, im besonders aber in München durch die Auszahlung und im Oberland infolge des starken Fremdenbesuchs, die Arbeiterbevölkerung sehr leiden muß. Es gebe heute um mehr als eine Parisergruppe, es gehe darum, ob eine Kulturmission es duldet, daß Volksgenossen verhungern oder der Krankheit und dem Siedtum verfallen. Das ist eine Sache, bedeutend genug, um gemeinsame Solidarität zu zeigen und Abwehrmaßnahmen zu setzen zu lassen. Eine angemessene Entschädigung fordert in sechs Punkten von der Regierung einschneidende Maßnahmen. Wenn die Regierung nicht gewillt oder in der Lage sei, diese durchzuführen, so würde die Bevölkerung gezwungen sein, zur Selbsthilfe zu greifen. Im bayrischen Landwirtschaftsministerium wurde gelegentlich der Besprechung über den Wirtschaftsplan für 1922 ein Ausblick über die Vorbereitungsaktion zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung gegeben und von der Regierung versichert, daß eine neue Hilfsaktion für das Frühjahr vorgehen sei. Außerdem seien Verhandlungen eingeleitet, um eine freiwillige Preisbildung zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu betreiben. Eine Rückkehr zur Zwangswirtschaft wurde für unmöglich und wirkungslos erklärt. Danach ist viel zu tun, wenn auch noch in unzureichendem

